

# Basler Tennisclub bangt um seine Zukunft

**Baurechtsvertrag läuft 2025 aus** Dem Casino Tennis-Club im Gellertquartier droht das Ende. Die Christoph-Merian-Stiftung, der das Land gehört, könnte mit Wohnungen mehr Geld verdienen.

Leif Simonsen

Mit Tennisplätzen lässt sich kaum Geld verdienen. Mehrere Clubs in der Region sind in den vergangenen Jahren verschwunden. Noch bis vor kurzem wurden im Bächliacker in Frenkendorf, im Haugraben in Bättwil, am Köhlistieg in Riehen oder beim Joggeli Filzbälle geschlagen. Doch die Tennisclubs mussten Wohnungen, anderen Sportzentren oder wie im Fall des TC Schänzli der neuen St.-Jakobs-Halle weichen.

Nun droht einem weiteren Club das Aus. Der traditionsreiche Casino Tennis-Club (CTC) im Gellert hat nur noch einen Baurechtsvertrag bis Ende 2025. Danach könnte die Landeigentümerin, die Christoph-Merian-Stiftung (CMS), das Bauland in eine lukrativere Nutzung überführen. Die Verhandlungen für einen Verbleib des 1886 gegründeten und somit zweitältesten Tennisvereins der Schweiz laufen.

## Sport wird nicht gefördert

CTC-Präsident Livio Marelli sagt: «Wir werden alles daransetzen, dass es nach 2025 weitergeht. Wir befinden uns zurzeit in Gesprächen. Wir hoffen, dass uns die CMS entgegenkommt, und sind zuversichtlich.» Marelli sei sich im Klaren darüber, dass mit einer Überbauung mehr Geld verdient werden könne. «Aber ich denke, dass die CMS um die Bedeutung unseres Tennisclubs



Im Casino Tennis-Club Basel wird seit 1886 Tennis gespielt, seit den 1950ern ist der Club im Gellertquartier beheimatet. Foto: Lucia Hunziker

weiss. Er ist der einzige grösste Sporttreffpunkt im Gellert. Die meisten der 500 Mitglieder kommen aus dem Quartier, darunter sind etwa 150 Junioren.»

Derzeit scheint jedoch sehr fragwürdig, ob diese Argumente bei der Landeigentümerin ziehen. Die CMS hat sich dem Engagement in den Bereichen Soziales, Kultur, Natur und Lebens-

raum Stadt verschrieben – und nicht dem Sport.

«Da die CMS für die Umsetzung ihres Stiftungszwecks auf die Einnahmen aus der Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes angewiesen ist, muss diese zu marktüblichen Konditionen erfolgen», sagt CMS-Sprecherin Matylda Walczak. Die Stiftung mag dem Tennisclub, der seit den

50er-Jahren an der Emanuel-Büchel-Strasse 70 beheimatet ist, wohlgesinnt sein. Doch es ist nicht anzunehmen, dass der Verein mit seinen etwas über 300 Aktivmitgliedern in der Lage ist, «marktübliche Konditionen» zu erfüllen. Denn bei der Parzelle handelt es sich schliesslich um Bauland in einer beliebten Wohngegend.

Das Ende der schmucken Anlage im Herzen des Gellert wäre nicht nur für die Quartierbewohner ein Verlust, sondern für die ganze Basler Tennisszene. Dem Trend der Tennisclubschliessungen läuft derjenige der aktiven Spieler zuwider. Immer mehr Tennisspieler drängen in der Region auf immer weniger Plätze. Anita Sommer-Frei, Vorstands-

mitglied des Tennisverbands Region Basel, macht hauptsächlich im Breitensport einen Boom aus. «Vor allem bei den Junioren und auf Interclub-Ebene stellen wir einen starken Zuwachs fest», sagt sie.

## Es hätte noch freie Plätze

Das macht sich beispielsweise bei den Traditionsclubs Basel Lawn Tennis Club (BLTC) im Gundeli und beim TC Old Boys im Neubad bemerkbar. BLTC-Präsidentin Marianne Eggenberger sagt, in den vergangenen zwei Jahren sei die Zahl der Neumitglieder jeweils um 15 bis 20 Prozent gestiegen. In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Mitgliederzahl im BLTC auf etwa 400 verdoppelt.

Auch der TC Old Boys verzeichnet einen «kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahlen», wie Präsidentin Marianne Bernet sagt. Der grösste Club der Region hat mittlerweile rund 800 Mitglieder.

Klar ist, dass das Ende eines weiteren Clubs in Basel die bestehenden Vereine an die Kapazitätsgrenze bringen würde. Eggenberger schätzt, der BLTC könne noch etwa 50 neue Mitglieder aufnehmen, dann sei Schluss. Immerhin: Bei den Old Boys, deren Hallenprojekt immer noch hängig ist, gäbe es noch freie Plätze. «Es ist ja nicht anzunehmen, dass alle Mitglieder von Casino in den gleichen Verein wechseln», sagt Bernet.

# Die Vizepräsidentin der Basler FDP steckt im Dilemma

**Volksinitiative** Eva Biland will als Ärztin Kinder vor Tabakwerbung schützen. Ein Werbeverbot passt aber nicht zum Freisinn.

Eva Biland macht Dehnübungen. Zumindest geistig. Denn am Montagabend muss die Vizepräsidentin der FDP Basel-Stadt einen Spagat hinlegen. Der Parteitag trifft sich dann auf virtuellem Weg, um die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar zu fassen.

Auf nationaler Ebene geht es unter anderem um die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»: Reklame für Tabakprodukte wie Zigaretten, E-Zigaretten oder Snus soll verboten werden, wenn sie Kinder und Jugendliche erreicht. Plakate, Kinowerbung, Schilder am Kiosk, Zeitungsinserte oder Sponsoring würden eingeschränkt.

Biland unterstützt die Initiative. Sie ist 49-jährig, Vizegemeindepräsidentin von Bettingen, Mutter von zwei Kindern im «vulnerablen Alter von 17 und 18 Jahren, wenn Süchte ein grosses Thema sind», und sie engagiert sich im regionalen Ja-Komitee. Als stellvertretende Leiterin eines Gesundheitszentrums in Riehen kann sie kaum anders: «Die Initiative wird von gesundheitlichen Organisationen unterstützt. Als Ärztin fühle ich mich verpflichtet und lebe das auch.»

## Der Präsident ist klar anderer Meinung

Die Position Bilands in dieser Frage ist bekannt. Doch freisinnig ist das Anliegen keinesfalls, was auch die nationale Mutter-

**«Dem Freisinn fällt kein Zacken aus der Krone, wenn wir ein bisschen restriktiver werden.»**

**Eva Biland**  
Vizepräsidentin FDP Basel-Stadt

partei so kommentiert: Ein faktisches Werbeverbot für Tabakprodukte respektiere den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit nicht. Darum erstaunt, dass ausgerechnet Biland am Parteitag vom Montagabend zur Tabak-Initiative referieren soll. Und ein Gegenreferat ist gemäss Traktandenliste nicht vorgesehen.

Warum Biland? Präsident Johannes Barth schmunzelt. Nicht aus Verlegenheit, sondern weil er offenbar gehofft hat, dass dieser Entscheid zu Fragen führen wird.

Für Barth ist klar, dass sich die Initiative nicht mit den freisinnigen Positionen verträgt. «Bei uns steht die Eigenverantwortung im Vordergrund», sagt er. Aufklärung ja, aber keine Verbote.



«Als Ärztin fühle ich mich verpflichtet»: FDP-Politikerin Eva Biland. Foto: Lucia Hunziker

Er selbst kann die Forderung deshalb nicht unterstützen.

Wie aus Barths Äusserungen hervorgeht, hat er Biland ermuntert, das Referat zu übernehmen. «Ich will kein Abnickergremium haben, das nachspricht, was die nationale FDP oder der Vorstand vorgeben.» Die Meinungsbildung soll offen sein. Ausserdem habe man bei der Aufstellung des neuen Vorstands bewusst darauf geachtet, dass verschiedene Branchen vertreten sind. Wenn eine Ärztin mit einer klaren Meinung etwas zu sagen hat, dann soll das nicht unterdrückt werden. Die Expertise aus dem Gesundheitsbereich soll einfließen.

## Die Freisinnigen wollen ihre Kanten neu entdecken

Barth rechnet nicht damit, dass die Parteibasis zu einem anderen Schluss kommen wird als er. Dennoch geht er ein gewisses Risiko ein. Das ist Strategie: Die Partei, die keinen Sitz im Bundesparlament mehr hat, deren Anzahl Grossratsitze bei den vergangenen Wahlen auf sieben geschrumpft ist und die aus der Kantonsregierung verdrängt wurde, steckt in einer Krise. Mit dieser Diskussionskultur will Barth die Mitglieder einen und die Partei positionieren. Eine Strategie zur Profilschärfung also? «Korrekt», sagt Barth. «Wir müssen unsere Kanten wieder finden, die DNA herauschälen.»

Mit Biland ist abgemacht, dass sie im Vortrag beide Positionen

berücksichtigt, die persönliche und die parteipolitische. Und sie werde dem Parteitag keine Empfehlung abgeben, welche Parole gefasst werden soll.

Ja, es sei tatsächlich ein Dilemma, wenn sie sich als freisinnige und wirtschaftsliberale Person für ein Verbot ausspreche, sagt sie. Andererseits gelte die Schweiz als eines der tabakfreundlichsten Länder der Welt, «da fällt dem Freisinn kein Zacken aus der Krone, wenn wir ein bisschen restriktiver werden». Die Kinder von der Werbung auszuklammern, schade der Tabakindustrie kaum, zumal Minderjährige ja gar keine Tabakprodukte kaufen dürften. Es sei auch widersprüchlich, wenn sich beispielsweise FDP-Mitglieder an einer Gala der Krebsliga spendade zeigten und dann aber deren Engagement in präventiven Bemühungen wie dieser Initiative nicht unterstützten.

Der Jugendschutz sei Teil des Parteiprogrammes, und als FDPlerin unterstütze sie die Anstrengungen, die Gesundheitskosten zu senken. Da sei dieses Werbeverbot ein Kompromiss, auf den man eingehen könne, sagt Biland.

Und diese Politikerin soll ein neutrales Referat halten? «Ich hoffe, das gelingt mir auch», sagt sie. «Klar wird man spüren, dass die Pro-Argumente wohl stichhaltiger sind.» Wahrlich ein Spagat.

Jan Amsler